Es gilt das gesprochene Wort

Die Schweiz, internationaler Wirtschaftsstandort – Lage und Ausblick

Referat von Dr. Rudolf Walser, Chefökonom von economiesuisse, Zürich, anlässlich des Wirtschaftsforums "Schweiz-Tirol" vom 23. September 2003 in Innsbruck

Der Begriff der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist ein diffuses Konstrukt. Im Unterschied zu Firmen, die im Wettbewerb Marktanteile an Konkurrenten verlieren oder mangels Wettbewerbsfähigkeit gar Konkurs gehen können, droht dieses Schicksal Ländern oder nationalen Volkswirtschaften nicht. Diese sind im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung bzw. des weltweiten Handels, der ja bekanntermassen kein Nullsummenspiel ist, immer wettbewerbsfähig; es fragt sich nur, zu welchen Bedingungen. Damit rückt zwangsläufig das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft in den Vordergrund des Interesses. Der Begriff Wettbewerbsfähigkeit ist aus diesem Blickwinkel im Wesentlichen deckungsgleich mit dem Begriff der Produktivität, die gerade im Fall der Schweiz ein Schlüsselfaktor der Wettbewerbsfähigkeit ist. Der bekannte amerikanische Ökonom Paul Krugmann prägte denn auch das viel zitierte Bonmot "competitiveness is a funny way of seeing productivity".

Länderranglisten und Benchmarking sind heute zu einem kaum mehr wegzudenkenden Instrument eines professionellen "Standortmarketing" von Ländern, Regionen und Städten geworden. Bekannt sind in diesem Zusammenhang etwa die Analysen des World Economic Forum (WEF), des Institut for Management Development (IMD), des Economists usw. Diese können auch der staatlichen Wirtschaftspolitik nützliche Hinweise liefern, soweit es sich nicht bloss um Hochglanzbroschüren, sondern um eine genaue Analyse der eigenen Position, eine

klare Strategie und deren gezielte Umsetzung handelt. Und natürlich kann man aus Erfolgsbeispielen anderer Länder im Sinne von "good practices" immer auch Lehren ziehen. Wo steht die Schweiz diesbezüglich und was sind die zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen?

Erlauben Sie mir zunächst ein Wort zur konjunkturellen Situation. Die wirtschaftliche Lage der Schweiz ist – wie fast überall in Westeuropa – gedrückt, auch wenn sich im Indikatorbild gewisse Hoffnungssignale zeigen. Für die kommenden Monate und das nächste Jahr rechnen wir mit einer allmählichen Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung. 2004 dürfte das Bruttoinlandprodukt um 1½% zunehmen, was leicht unter dem Potenzialwachstum läge, bei praktischer Preisstabilität und einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 3,6%. Entscheidend ist, dass die Impulse nur vom Ausland herkommen können, was eine Erholung der Weltkonjunktur voraussetzt. Dabei haben wir heute den seltenen Fall, dass praktisch alle wichtigen Handelspartner der Schweiz selbst in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken.

Österreich und die Schweiz weisen eine KMU-Struktur auf, und beide Länder sind stark aussenhandelsverflochten (Österreich 43%, Schweiz 41%). Gleichwohl gibt es einige strukturelle Unterschiede:

- Der Überschuss der Leistungsbilanz fällt 2002 im Verhältnis zum BIP mit 9,3% im internationalen Vergleich sehr hoch aus (Österreich wies 2001 ein Defizit von 1,8% auf).

- Die Erwerbsquote (Zahl der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter) liegt bei 82% (Österreich 71%).

- Die Schweiz ist weltweit der achtgrösste Direktinvestor.

- Der Schweizer Finanzplatz zählt zu den führenden Vermögensverwaltungszentren der Welt, und der Franken ist nach dem Dollar, dem Euro, dem Yen und dem englischen Pfund die fünftwichtigste Währung der Welt.

- Die Schweiz ist mit 27 Unternehmen unter den 500 grössten europäischen Unternehmungen gemäss Financial Times stärker vertreten als jedes andere vergleichbare Industrieland (NL 19, S 22, A 3).

Von daher überrascht es sicher nicht, wenn sich die Schweiz in allen Veröffentlichungen zur Wettbewerbsfähigkeit weiterhin in der Spitzengruppe der führenden Industrieländer einreiht. Das gilt auch für die grossen Agglomerationen Zürich und Genf, die unter dem Aspekt von Niveau und Dynamik der relativen Nachhaltigkeit zu den führenden Metropolen der Welt gehören.

Diese Ausgangssituation ist einerseits sicher erfreulich und gibt auch Zuversicht. Anderseits dürfen solche Ranglisten nicht zu einer trügerischen Selbstsicherheit und zum Ausruhen verleiten. Diese Gefahr ist für Unternehmen eher klein, da es in wettbewerbsintensiven Märkten ohnehin nie ein Ausruhen gibt. Grösser ist die Gefahr dagegen für die staatliche Wirtschaftspolitik, weil Teile davon immer noch nicht richtig verstanden haben, dass es auch zwischen Nationen einen Wettbewerb um internationale mobile Produktionsfaktoren gibt. Dabei handelt es sich um einen dynamischen und relativen Prozess, wobei es weniger darauf ankommt, was die eigene Wirtschaftspolitik für die Standortqualität macht, sondern wo sie im Quervergleich mit den stärksten Nationen steht.

Das Produkt, das Länder im Rahmen des internationalen Standortwettbewerbs anbieten, sind Pakete von öffentlichen Leistungen wie Rechtssicherheit, Infrastruktur, Ausbildung, soziale Sicherung usw. Als Gegenleistung für diese sog. öffentlichen Güter werden Steuern bezahlt. Damit ist auch gesagt, dass es im internationalen Standortwettbewerb nicht so sehr auf die tiefsten Steuersätze ankommt als auf den günstigsten Mix von öffentlichen Gütern einerseits und Steuern anderseits. Ebenso muss ein Wirtschaftsstandort wegen hoher Arbeitskosten nicht zwangsläufig im Abseits stehen, wenn die Beschäftigten für ihre Löhne und sozialen Extras eine entsprechend hohe Leistung, also Produktivität, erbringen. Weniger das Lohn/Stückkosten-Niveau eines Landes ist deshalb für die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidend als die relative Entwicklung im Vergleich zur entsprechenden Entwicklung in den konkurrierenden Volkswirtschaften.

Einen markanten Schwachpunkt gibt es im Standortprofil der Schweiz. In den meisten internationalen Vergleichen unter den Industrieländern liegt unser Land beim Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts (BIP) in den hinteren Rängen. Gleichwohl vermag sich die Schweiz beim realen Pro-Kopf-Einkommen in der Spitzengruppe zu

halten. Das Paradox einer Volkswirtschaft, die langsamer wächst als andere Länder und trotzdem immer vorn dabei ist, entsteht dadurch, dass das reale BIP – so wie es üblicherweise unter Ausklammerung der Verbesserung unserer "Terms of Trade" berechnet wird – dazu neigt, die Wertschöpfung in unserem Land zu unterschätzen. Gemäss Berechnungen von Prof. U. Kohli von der Schweizerischen Nationalbank wird deshalb das Wachstum in der Schweiz jährlich um durchschnittlich rund 0,5% unterschätzt. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Schweiz wegen ihrer traditionell hohen Leistungsbilanzüberschüsse beachtliche Summen im Ausland investiert und dass die Erträge dieser Investitionen zwar in die Berechnung des Bruttosozialproduktes (BSP), nicht aber in jene des BIP einfliessen. Das BSP ist deshalb höher als das BIP. In Österreich, das mehr importiert als exportiert, ist es gerade umgekehrt. Interessanterweise überstieg im Verlauf des letzten Jahrzehnts die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts jene des Bruttoinlandsprodukts jährlich um ungefähr 0,6%. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Faktoren war die wachstumspolitische Leistung der Schweiz in den letzten Jahren enttäuschend. Auch wenn die Schweiz als reife Volkswirtschaft auf der internationalen Wachstumsskala kaum je unter den Spitzenrängen figurieren wird, muss sie unbedingt das eigene Wachstumspotenzial besser ausschöpfen. Denn Wirtschafts- und Produktivitäts-wachstum kommt deshalb in der Wirtschaftspolitik der Schweiz die höchste Priorität zu.

Über die Ursachen des Wirtschaftswachstums gibt es eine umfangreiche empirische Literatur, die allerdings kein ganz einheitliches Bild hervorbringt. Immerhin besteht Einigkeit darüber, dass die wichtigsten Determinanten des Wachstums in erster Linie an der Qualität und Quantität der Produktionsfaktoren auszumachen sind: Humankapital, Investitionen in F+E sowie Unternehmensinvestitionen. Hinzu kommen als weitere wichtige Einflussgrössen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, wobei die Staatsverschuldung, die Staatsausgaben, die Steuern und Sozialabgaben sowie die Geldpolitik als wachstumsrelevante Politikvariablen gelten. Schliesslich spielen strukturelle Merkmale wie Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft und Marktrigiditäten auf den Güter- und Faktormärkten bei der Erklärung von internationalen Wachstumsunterschieden eine wichtige Rolle. Wo setzen wir von der Wirtschaft aus den Hebel an?

Beginnen wir mit dem wichtigsten Faktor, der Arbeit. Da sowohl die Erwerbsquote als auch die jährliche Arbeitszeit im internationalen Vergleich bereits sehr hoch sind, lassen sich diese Grössen kaum mehr stark steigern. Wichtig für die Schweiz bleibt deshalb auch in Zukunft der Zustrom hoch qualifizierter Arbeitnehmer aus dem Ausland, um das Wachstumspotenzial bei einer immer älter werdenden Bevölkerung zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund wird das Wachstum der Arbeitsproduktivität zur einzigen Option für die Schweiz. Glücklicherweise ist unser Land reich an Humankapital. Das muss zwingend auch in Zukunft so bleiben, weil sowohl die Produktivität als auch die Innovationsfähigkeit eng mit dem Ausbildungsstand der Beschäftigten zusammenhängen. In einer Welt, in der sich viele Bildungsinhalte laufend weiter entwickeln, wird die Fort- und Weiterbildung – auch mit Blick auf die demographische Entwicklung – zu einer zentralen Aufgabe von Staat und Wirtschaft. Generell muss das Bildungswesen laufend und besser an den Wissensbedarf der Informationsgesellschaft angepasst werden. Schliesslich muss in Zukunft wohl noch stärker auf die Qualität des Bildungsangebots auf allen Stufen und auf einen effizienten Mitteleinsatz im ganzen Bildungsbereich geachtet werden. Bildung ist letztlich nicht einfach mit dem Geldsäckel zu haben, wie viele Politiker immer wieder glauben.

Für die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft ist die Qualität des F+E-Systems ausschlaggebend. Die empirische Forschung zeigt eine rasche und intensive Wechselwirkung zwischen Innovation und trendmässigem Wachstum. Dabei ist die Höhe der privaten Ausgaben für F+E am engsten mit dem Wachstum verknüpft. Die Schweiz befindet sich mit einem F+E-Aufwand von rund 3% des BIP in der Spitzengruppe der Industrieländer, wobei rund zwei Drittel von der Privatwirtschaft aufgebracht wird. Hinzu kommen die beträchtlichen F+E-Ausgaben der schweizerischen Multis im Ausland, die komplementär zu denjenigen im Inland sind und damit zur Stärkung des F+E-Systems in der Schweiz beitragen.

Ein zentrales Anliegen für die Zukunft muss sein, die Hebelwirkung öffentlicher F+E-Förderung auf privatwirtschaftliche F+E-Ausgaben durch eine enge und unverkrampfte Zusammenarbeit Hochschulen-Wirtschaft zu verstärken. Dabei ist wohl noch ein konsequenterer Wandel zu Spitzentechnologien wichtig. In diesem

Zusammenhang nehmen innovative Netzwerke eine immer wichtigere Rolle ein, weil Neuerungsprozesse vor allem durch ein hohes Ausmass an Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Wissensträgern – Hochschulen, Produzenten, Kunden, Forschungseinrichtungen - gekennzeichnet sind. Die Erfahrungen Österreichs mit Industrie-Clustern als regionale Organisationsformen – wie sie vor allem etwa in Oberösterreich oder Tirol anzutreffen sind – sind dabei von besonderem Interesse. Sie zeigen, wie in einer Region Hersteller, Zulieferer, Forschung und Ausbildung zusammen ein kreatives Milieu mit innovatorischer Dynamik bilden und so zu einem Wachstumscluster werden können.

Ein weiterer Produktionsfaktor, an dem wachstumspolitisch kein Weg vorbeiführt, ist das physische Kapital der Wirtschaft, das durch Investitionen laufend geäufnet und angepasst werden muss. Das erfordert ein in der Belastung massvolles, innovationsorientiertes Steuersystem, was über alles gesehen, gemessen an den effektiven Durchschnittssteuerbelastungen, in der Schweiz immer noch gegeben ist. Gleichwohl sind gezielte Verbesserungen bei den Unternehmenssteuern unerlässlich – vor allem die Beseitigung der doppelten Besteuerung von Gewinnen. Erfreulicherweise verfügt die Schweiz dank dem Zinsbonus von rund 2% gegenüber dem Euro-Finanzmarkt über günstige Finanzierungskonditionen.

Auch unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten wird immer wieder die Frage gestellt, ob ein EU-Beitritt der Schweiz diesbezüglich positiv wirken würde. Stellt man auf die klassischen Bestimmungsfaktoren der Wachstumstheorie ab, so wären die Integrationsgewinne aus einem Beitritt angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Integration der Schweizer Wirtschaft in den EU-Binnenmarkt wahrscheinlich eher gering. Aber mit dem Beitritt wäre eine Öffnung der Märkte des "service public" (Elektrizität, Post, Verkehr, Gas) verbunden, wo die Schweiz hinterherhinkt, was wachstumspolitisch zweifellos von Nachteil ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Die wirtschaftliche Bedeutung der EU für die Schweiz dürfte mit dem bevorstehenden Beitritt von 10 Staaten eher noch zunehmen. Das zeigt sich vor allem bei den schweizerischen Ausfuhren in die Staaten Zentraleuropas, die seit der grossen politischen Wende von 1989 mit einer jährlichen Wachstumsrate von durchschnittlich

gut 11% zunehmen. Natürlich geht diese Entwicklung von einem relativ niedrigen Niveau aus, doch der Trend ist offensichtlich. Die österreichischen Erfolge sind in dieser Beziehung besonders eindrücklich und geben uns ein gutes Beispiel für eine wirksame Exportförderungsstrategie. Für die Schweiz ist der EU-Beitritt letztlich eine politische und keine wirtschaftliche Frage. Aus diesem Grund besteht aus Sicht der Wirtschaft auch kein Anlass, vom bilateralen Verhandlungsweg abzuweichen.

Fazit

Die Globalisierung bewirkt nicht nur eine Intensivierung des Produktewettbewerbs und des Standortwettbewerbs, sondern auch des institutionellen Wettbewerbs. Länder wie die Schweiz oder Österreich, denen es an natürlichen Ressourcen mangelt, müssen ihren Wettbewerbsvorteil hauptsächlich in den institutionellen Rahmenbedingungen, in leistungsfördernden Werten und gesellschaftlichen Arrangements sowie in zahlreichen "soft factors" wie Humankapital, Umwelt- und Lebensqualität suchen. Der Ökonom hat die Tendenz, das komplexe Konstrukt, Wettbewerbsfähigkeit auf wenige, scheinbar objektive Kriterien zu reduzieren. Dabei kommen die - nicht quantifizierbaren - weichen Faktoren zu kurz, die in einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft an Bedeutung stark gewinnen. In der Gestaltung dieser weichen Standortfaktoren besteht für die einzelnen Länder nach wie vor ein grosser Freiraum.

Was wir letztlich benötigen, um uns im internationalen Wettbewerb zu behaupten, sind Eigenschaften, die sich nur schwerlich messen, ökonomisch modellieren und politisch gestalten lassen: Kreativität, Motivation, Optimismus, Zukunftsorientierung und Mut. Dies wünsche ich im Zeichen der vorwärts schreitenden Globalisierung nicht nur der Schweiz, sondern auch Österreich – vor allem aber Tirol.